

## Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales (GGSA/IX-023/2015)  
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 28.01.2015, 15:01 Uhr bis 16:41 Uhr,  
Kreistagssitzungssaal,  
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

---

## Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"
2.	Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten
3.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
3.1.	Abschluss eines Vergleichs zwischen den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg und dem St. Rochus Krankenhaus Vorlage: 2540-2014/DaDi
3.2.	Betrauungsakt mit dem SENIO-Zweckverband und deren Tochtergesellschaft Seniorendienstleistungs gGmbH Gersprenz
3.3.	"Medizinische Versorgung sichern im Landkreis Darmstadt-Dieburg" Positionspapier
3.4.	Energiesicherung - Vermeidung von Stromsperren - Antrag Die Linke Vorlage: 2643-2015/DaDi
3.5.	Medizinische Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg - Antrag CDU Vorlage: 2475-2014/DaDi
3.6.	KiBiS - Antrag CDU Vorlage: 2651-2015/DaDi
3.6.1.	KiBiS - Änderungsantrag SPD, Grüne Vorlage: 2689-2015/DaDi
4.	Kenntnisnahmen

4.1.	Entwicklung Arbeitslosenzahlen (Oktober 2014) Vorlage: 2527-2014/DaDi
4.2.	Pressebericht der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e. V. (VhU) Vorlage: 2528-2014/DaDi
4.3.	Förderung von Beratungsstellen im Landkreis Darmstadt--Dieburg, Fachambulanz für Suchtkranke und deren Angehörige - Beratung und Behandlung - des Caritasverbandes Darmstadt e. V. in Dieburg Vorlage: 2532-2014/DaDi
4.4.	3. Vierteljahresbericht des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg 2014 Vorlage: 2603-2014/DaDi
4.5.	Entwicklung Arbeitslosenzahlen (November 2014) Vorlage: 2633-2014/DaDi
4.6.	Inklusionsbericht 2014 Vorlage: 2641-2015/DaDi
4.7.	Aktualisierung der Richtlinie zur Bemessung angemessener Unterkunftskosten für den Landkreis Darmstadt-Dieburg zum 01.02.2015 Vorlage: 2662-2015/DaDi
5.	Mitteilungen und Anfragen

<b>Anwesende</b>	
<b>Fraktion der SPD</b>	
Frau Angelika Dahms	
Herr Ludwig Gantzert	Vertreter für Abg. Krist, Aron ab TOP 1 (15:04 Uhr)
Herr Clemens Laub	
Herr Matti Merker	Vertreter für Abg. Dr. Göbel, Mathias
Frau Karin Spalt	
Frau Kreistagsvorsitzende Dagmar Wucherpfennig	Vertreterin für Abg. Goldbach, Axel
<b>Fraktion der CDU</b>	
Frau Marita Keil	
Herr Frank Klock	
Frau Iris Landgraf-Sator	
Frau Gabriele Pauker-Buß	
Herr Waldemar Stetter	Vertreter für Abg. Fricke, Thorsten
<b>Fraktion von Bündnis90/Die Grünen</b>	
Frau Renate Battenberg	ab TOP 1 (15:04 Uhr)
Herr Christian Grunwald	
Frau Susanne Hoffmann-Maier	
<b>Fraktion der FDP</b>	
Herr Horst Schultze	
<b>Fraktion der FW-PP</b>	
Herr Markus Brechtel	
<b>Fraktion von Die Linke</b>	
Herr Fraktionsvorsitzender Walter Busch-Hübenbecker	Beratendes Mitglied (§ 33 HKO i. V. m. § 62 Abs. 4 S. 2 HGO)
<b>Kreistagspräsidium</b>	
Herr Fraktionsvorsitzender Klaus-Jürgen Hoffie	ab TOP 1 (15:09 Uhr)
Herr Fraktionsvorsitzender Lutz Köhler	ab TOP 3.6 (16:06 Uhr)
Frau Barbara Roos	
Herr Siegfried Sudra	bis TOP 3.6 (16:01 Uhr)
<b>Kreisausschuss</b>	
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	vor TOP 1 (15:03 Uhr) bis TOP 3.6 (16:04 Uhr)
Frau Erste Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Herr Kreisbeigeordneter Uwe Bülter	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	ab TOP 3 (15:13 Uhr) bis TOP 4.6 (16:21 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	
Frau Kreisbeigeordnete Karin Voigt	ab TOP 1 (15:06 Uhr) bis TOP 4.7 (16:28 Uhr)
<b>Verwaltung</b>	
Frau Monika Abendschein	
Herr Roman Gebhardt	
Herr Frank Horneff	
Herr Michael Hutterer	
Herr Christian Keller	

<b>Anwesende</b>
Herr Rainer Leiß
Frau Nicole Mally
Frau Johanna Schwarz
Frau Susanne Stockhardt
Herr Otto Weber

<b>Abwesende</b>
<b>Fraktion der SPD</b>
Herr Dr. Mathias Göbel
Herr Axel Goldbach
Herr Aron Krist
<b>Fraktion der CDU</b>
Herr Thorsten Fricke
<b>beratende Mitglieder</b>
Frau Hülya Lehr

**Vorsitzende Dahms** stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzende Dahms** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Sie schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 3.6 und 3.6.1 zusammen aufzurufen und zu beraten und stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest. Weitere Änderungswünsche werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 22. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales wurden nicht erhoben.
5. Schriftführerin ist Johanna Schwarz.

**Protokoll**  
des öffentlichen Teils

**Beschluss zu TOP 1.**

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"**

Beschluss:

---

**Herr Keller**, Betriebsleiter Kreiskliniken, berichtet zu den Planungen im medizinischen Bereich. Er informiert zu den Überlegungen in der Kreisklinik Jugenheim betreute Wohneinheiten für dauerhaft beatmete Personen, die nicht entwöhnt werden können, einzurichten. Über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie wird er zu gegebener Zeit berichten.

**Herr Keller** teilt mit, dass die Erweiterung und Optimierung von OP-Leistung am Standort Kreisklinik Groß-Umstadt geprüft wurde und gibt hierzu weitere Erläuterungen.

Weiter informiert er über den aktuellen Sachstand zum Architektenwettbewerb des Bauvorhabens „Neubau Kreisklinik Groß-Umstadt“.

**Herr Keller** berichtet über den am 09.02.2015 stattfindenden Termin bei der Schiedsstelle.

Fragen werden beantwortet.

**Beschluss zu TOP 2.**

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten**

Beschluss:

---

**Frau Abendschein** informiert über die „Ziele des Büros für Chancengleichheit 2015“. Die als Tischvorlage hierzu verteilten Informationen sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt. Weiterhin informiert Sie über die geplante Veranstaltung des Frauenforums „Expertinnen fragen - Landratskandidaten antworten“ am 06.03.2015 in Roßdorf.

**Vorsitzende Dahms** stellt fest, dass von Seiten des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales keine weiteren Fragen bestehen.

**Beschluss zu TOP 3.**

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

---

**Beschluss zu TOP 3.1.**

Vorlage-Nr.: 2540-2014/DaDi

Aktenzeichen: 519-021

Betreff: **Abschluss eines Vergleichs zwischen den Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg und dem St. Rochus Krankenhaus**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

---

Fragen werden beantwortet.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Grundlagenvereinbarung zwischen der Kreisklinik und dem St. Rochus vom 30.06.2010 und der Gestellungsvertrag zur kardiologischen Versorgung zwischen den Kreiskliniken und dem St. Rochus Krankenhaus ebenfalls vom 30.06.2010 werden im gegenseitigen Einvernehmen zum 31.12.2012 beendet.
2. Bis zum 31.12.2012 wechselseitig empfangene Leistungen werden nicht zurück gewährt. Im Übrigen verzichten die Parteien wechselseitig auf etwaige bestehende fällige und/oder noch nicht fällige vertragliche Forderungen, ebenso wie die Geltendmachung etwaiger vertraglicher Schadenersatzansprüche.
3. Im Hinblick auf die einvernehmliche Vertragsbeendigung zahlt die St. Rochus an die Kreisklinik einen Betrag in Höhe von € 325.000,00. Der Betrag ist am 24.02.2015 zur Zahlung fällig und im Falle des Verzuges mit 5 % Prozentpunkten über dem Basiszins zu verzinsen.
4. Die Parteien erklären den Rechtsstreit vor dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main (Az. 12 U 83/13) für erledigt. Die Kosten dieses Verfahrens werden gegeneinander aufgehoben. (s.u.).
5. Der Rechtsstreit vor dem Landgericht Darmstadt (Az. 1 O 244/13) wird nicht wieder aufgenommen. Das St. Rochus, das in dem zuvor genannten Verfahren Klägerin ist, nimmt die Klage zurück. Der Kreisklinik, die in dem zuvor genannten Verfahren Beklagte ist, verpflichtet sich, keinen Kostenantrag zu stellen.
6. Der Vergleich wird am 16.02.2015 wirksam, wenn nicht die Kreisklinik den Vergleich durch bei Gericht einzureichenden Schriftsatz bis zum 16.02.2015 für den Fall widerruft, dass der Kreistag des Landkreis Darmstadt-Dieburg dem vorliegenden Vergleich nicht zustimmt.
7. Mit Durchführung dieses Vergleichs sind alle wechselseitigen Ansprüche der Parteien, seien sie bekannt oder unbekannt, gleichviel aus welchem Rechtsgrunde, endgültig erledigt.



**Abstimmungsergebnis:**

**einstimmig**  
Zustimmung (Ja):   
Ablehnung (Nein):   
Enthaltung:

<b>Detailergebnis, wenn zutreffend</b>	<b>Zustimmung (Ja):</b>	<b>Ablehnung (Nein):</b>	<b>Enthaltung:</b>
<b>SPD</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Grüne</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>CDU</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>FDP</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>FW-PP</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Linke</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Fraktionslos</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

**Beschluss zu TOP 3.2.**

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Betrauungsakt mit dem SENIO-Zweckverband und deren Tochtergesellschaft  
Seniordienstleistungs gGmbH Gersprenz**

Beschluss: **abgesetzt**

---

**Landrat Schellhaas** teilt mit, dass es von Seiten des Kreisausschusses hierzu noch Beratungsbedarf gibt, sodass eine Beschlussfassung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erfolgen kann.

**Vorsitzende Dahms** stellt fest, dass der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales den Punkt daher von der Tagesordnung absetzt.

**Beschluss zu TOP 3.3.**

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **"Medizinische Versorgung sichern im Landkreis Darmstadt-Dieburg"  
Positionspapier**

Beschluss: **abgesetzt**

---

**Landrat Schellhaas** teilt mit, dass er zur Kreistagssitzung am 09.02.2015 ein Konzept vorlegen wird, das als Diskussionsgrundlage dienen soll und zu dem eine politische Diskussion erwünscht ist. Er gibt hierzu weitere Erläuterungen und erklärt, dass eine Beschlussfassung des Konzeptes nicht in dieser Kreistagssitzung vorgesehen ist.

**Beschluss zu TOP 3.4.**

Vorlage-Nr.: 2643-2015/DaDi

Aktenzeichen: 819-007

Betreff: **Energiesicherung - Vermeidung von Stromsperrern - Antrag Die Linke**

Beschluss: **abgelehnt**

**Erste Kreisbeigeordnete Lück** gibt weitere Erläuterungen und beantwortet Fragen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt, mit den ansässigen Energieversorgungsunternehmen die Festlegung eine vierwöchigen Reaktionsfrist nach der ersten Mahnung sowie die Einführung einer Mitteilungspflicht der Energieversorger an eine „Energiesicherungsstelle“ zu vereinbaren.
2. Eine „Energiesicherungsstelle“ (unabhängig von der KfB) wird bei der Kreisverwaltung eingerichtet. Aufgabe der Energiesicherungs-Stelle ist es, die von der Versorgungs-Einstellung bedrohten Haushalte anzuschreiben und ein Hilfeangebot zur formulieren.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig  
 Zustimmung (Ja):   
 Ablehnung (Nein):   
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
<b>SPD</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Grüne</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>CDU</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>FDP</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>FW-PP</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Linke</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Fraktionslos</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

**Beschluss zu TOP 3.5.**

Vorlage-Nr.: 2475-2014/DaDi

Aktenzeichen: 519-017

Betreff: **Medizinische Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg - Antrag CDU**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

**Abg. Keil** (CDU) schlägt vor, aufgrund noch bestehenden fraktionsinternen Beratungsbedarfs, keine Beschlussempfehlung herbeizuführen.

**Vorsitzende Dahms** stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest. **Abg. Keil** (CDU) erklärt für die Fraktion der CDU, dass diese dem Büro der Kreistagsvorsitzenden rechtzeitig vor der Sitzung des Kreistages mitteilen wird, wie mit dem Antrag verfahren werden soll.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreisausschuss wird beauftragt ein Konzept zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg vorzulegen. Dabei sind folgende Grundsätze zu beachten:

- I. Die Versorgung der Kreisbevölkerung durch qualifizierte Ärzte muss gesichert werden.
- II. Der privatwirtschaftlich, selbstständige Arzt ist die beste Möglichkeit die Versorgung zu sichern. Diese Strukturen zu stärken und zu fördern ist unser vorrangiges Ziel.
- III. Die Gründung von MVZ durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg ist eine höchstens sekundäre Maßnahme zur Sicherung der Versorgung. Diese soll nachweislich wirtschaftlich erfolgen.
- IV. Es ist auf eine gerechte Verteilung des Engagements des Landkreises – je nach Bedarf – in den jeweiligen Kreiskommunen zu achten.

Sollte als letzte Möglichkeit zur Sicherung der medizinischen Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg die Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums notwendig sein, sind folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

1. Der Hausärztemangel in der Kommune in der ein MVZ gegründet werden soll muss durch die Kassenärztliche Vereinigung nachgewiesen werden.
2. Der Veräußerer der Arztpraxis muss dem Landkreis nachweisen, dass er trotz aller Bemühungen keinen Nachfolger für seine Praxis finden konnte.
3. Veräußerer dürfen höchstens noch bis zu 6 Monaten nach Übernahme der Praxis in der selbigen arbeiten.

4. Der Kaufpreis für den Hausarztsitz muss unter dem Marktniveau liegen.
5. Die Vorteile der dort angestellten Ärzte im Angestelltenverhältnis müssen sich in der Entlohnung widerspiegeln.
6. Die Wirtschaftlichkeit eines geplanten MVZ muss glaubhaft nachgewiesen sein.
7. Es werden grundsätzlich keine Immobilien durch den Landkreis angekauft.
8. Die vom Landkreis betriebenen MVZ müssen hinsichtlich Qualität, Hausbesuche und Öffnungszeiten das Niveau der vorherigen Praxen erreichen.
9. Den angestellten Ärzten muss ausreichend Gestaltungsspielraum eingeräumt werden um ihnen zu ermöglichen die Praxis modern und effizient zu betreiben.
10. Eine Gewinnbeteiligung der Ärzte ist vorzusehen.
11. Für jedes MVZ wird eine zivilrechtliche Gesellschaft gegründet die selbständig handeln kann und nicht zentral aus der Kreisverwaltung gesteuert wird.

Außerdem soll ein Maßnahmenpaket gemeinsam mit den Gemeinden erarbeitet um die Attraktivität des Standortes für niedergelassene Ärzte steigern. In diesem Zusammenhang sind folgende Maßnahmen zu prüfen:

- a. Gewährung von Existenzgründerdarlehen für junge Hausärzte.
- b. Hilfe für Hausärzte bei der Wohnungs- und Praxissuche.
- c. Hilfe bei der Suche nach einem Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung

**Beschluss zu TOP 3.6.**

Vorlage-Nr.: 2651-2015/DaDi

Aktenzeichen: 423-001

Betreff: **KiBiS - Antrag CDU**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

---

**Abg. Keil** (CDU) schlägt vor, aufgrund noch bestehenden fraktionsinternen Beratungsbedarfs, keine Beschlussempfehlung zu den Tagesordnungspunkten 3.6 und 3.6.1 herbeizuführen.

**Vorsitzende Dahms** stellt zu dieser Verfahrensweise das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der KA wird beauftragt zu prüfen, ob für das Kreisjugendheim in Ernsthofen ein externer Betreiber gefunden werden kann.
2. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden ob einem externen Betreiber ein Betriebskostenzuschuss gezahlt werden kann.
3. Es soll insbesondere geprüft werden, ob gemeinnützige Organisationen wie zum Beispiel der Odenwaldklub als Betreiber in Betracht kommen.

**Beschluss zu TOP 3.6.1.**

Vorlage-Nr.: 2689-2015/DaDi

Aktenzeichen: 423-001

Betreff: **KiBiS - Änderungsantrag SPD, Grüne**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

**Abg. Schultze** (FDP) schlägt vor, im Beschlussvorschlag die Worte „*als Alleingesellschafter*“ und „*ggf. mit Auflagen*“ zu streichen.

Vorbemerkung:

Die Koalitionsfraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen bekennen sich zum Erhalt des Kreisjugendheimes Ernsthofen und fordern den KA auf, die Vorschläge aus der Betriebsanalyse zur Organisationsform, zur Optimierung der Wirtschaftlichkeit des Betriebes sowie einer bedarfsgerechten Konzeption zu prüfen.

**Beschlussvorschlag:**

- Der KA wird beauftragt für eine zukünftige Trägerschaft des Kreisjugendheimes Ernsthofen (KiBiS) verschiedene Alternativen zu prüfen, wie insbesondere:
  - Führung als Regiebetrieb des Landkreises
  - Umwandlung in eine gGmbH mit dem Landkreis als Alleingesellschafter
  - Beauftragung eines externen Betreibers für den Betrieb, ggf. mit Auflagen
- Dabei soll auch geprüft werden,
  - wie sich der dauerhafte Betriebskostenzuschuss durch weitere konzeptionelle Änderungen oder eine strukturelle Neuausrichtung vermindern lässt.
  - unter welchen Voraussetzungen einem externen gemeinnützigen Betreiber ein Betriebskostenzuschuss gewährt werden kann, bzw. in welcher Höhe ein solcher Zuschuss liegen müsste, um kostendeckend arbeiten zu können



**Beschluss zu TOP 4.**

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

---

**Beschluss zu TOP 4.1.**

Vorlage-Nr.: 2527-2014/DaDi

Aktenzeichen: 412-001

Betreff: **Entwicklung Arbeitslosenzahlen (Oktober 2014)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

**Landrat Schellhaas berichtet**, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat Oktober 4,6 % beträgt. Im Oktober 2014 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.198 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 426 Personen weniger als im Vormonat September 2014.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

<b>Landkreis Darmstadt-Dieburg</b>	<b>Juli 2014</b>	<b>August 2014</b>	<b>September 2014</b>	<b>Oktober 2014</b>
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	5.020 3,2 %	5.040 3,2 %	4.961 3,2 %	4.723 3,0 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.742 1,8 %	2.848 1,8 %	2.663 1,7 %	2.475 1,6 %
<b>Arbeitslose - insgesamt -</b>	<b>7.762</b>	<b>7.888</b>	<b>7.624</b>	<b>7.198</b>
<b>Arbeitslosenquote in %</b>	<b>5,0 %</b>	<b>5,0 %</b>	<b>4,9 %</b>	<b>4,6 %</b>

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (Oktober 2013) um insgesamt 124 Personen gefallen (die Arbeitslosenquote lag bei 4,7 %). Im Oktober 2013 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.322 Personen arbeitslos gemeldet (4.874 Personen bzw. 3,1 % im Rechtskreis SGB II und 2.448 Personen bzw. 1,6 % im Rechtskreis SGB III).

Für die Leistungsgewährung bei den Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II wird das Einkommen aller Personen herangezogen, die mit dem Leistungsempfänger eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft bilden.

Folgende Übersicht beschreibt die Zahl Bedarfsgemeinschaften in den vergangenen vier Monaten:

<b>Landkreis Darmstadt-Dieburg</b>	<b>Juli 2014</b>	<b>August 2014</b>	<b>September 2014</b>	<b>Oktober 2014</b>
Bedarfsgemeinschaften	7.221	7.215	7.176	7.119

Dazu waren im Monat September 2014 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 1.141 freie Stellen in Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet.

**Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:**

	Juli 14	August 14	September 14	Oktober 14
Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,0	5,0	4,9	4,6
Kreis Bergstraße	4,3	4,3	4,2	4,0
Stadt Darmstadt	6,6	6,8	6,6	6,6
Kreis Groß-Gerau	6,3	6,4	6,2	6,0
Odenwaldkreis	5,7	6,2	5,8	5,4

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat September 4,9 %, bei 20.944 Arbeitslosen. Das sind 834 Personen weniger als im Vormonat September 2014.

**Beschluss zu TOP 4.2.**

Vorlage-Nr.: 2528-2014/DaDi

Aktenzeichen: 412-024

Betreff: **Pressebericht der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e. V. (VhU)**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

---

**Erste Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück** gibt den Pressebericht der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e. V. (VhU) vom 30.10.2014 zur Kenntnis.

**Beschluss zu TOP 4.3.**

Vorlage-Nr.: 2532-2014/DaDi

Aktenzeichen: 419-011

Betreff: **Förderung von Beratungsstellen im Landkreis Darmstadt--Dieburg,  
Fachambulanz für Suchtkranke und deren Angehörige - Beratung und  
Behandlung - des Caritasverbandes Darmstadt e. V. in Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg gewährt dem Caritasverband Darmstadt e. V. zum Zwecke der Finanzierung der Fachambulanz für Suchtkranke in der Weißturmstraße 26 in Dieburg für das Jahr 2014 einen Zuschuss von

**7.125,00 Euro**

Die erforderlichen Mittel stehen im Haushaltsplan des Jahres 2014 auf dem Produkt 1.05.06.01 auf dem Sachkonto 7128000 haushaltsrechtlich zur Verfügung.

**Finanzielle Auswirkungen:**

Produkt: 1.05.06.01  
Investitionsmaßnahme:

<b>Aufwendungen</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Sachkonto: 7128000	7.125,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
<b>Erträge</b>	<b>2014</b>	<b>2015</b>	<b>2016</b>
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

**Beschluss zu TOP 4.4.**

Vorlage-Nr.: 2603-2014/DaDi

Aktenzeichen: 031-015

Betreff: **3. Vierteljahresbericht des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg 2014**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

---

**Landrat Klaus Peter Schellhaas gibt**

den als Anlage beigefügten Vierteljahresbericht für das 3. Quartal 2014 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Nach den Bestimmungen des § 3 Krankenhausbetriebsverordnung und des § 21 Eigenbetriebsgesetz hat die Krankenhausbetriebsleitung den Kreisausschuss und die Krankenhausbetriebskommission vierteljährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich zu unterrichten.

Mit dem beiliegenden Vierteljahresbericht kommt die Betriebsleitung dieser Verpflichtung nach.

**Beschluss zu TOP 4.5.**

Vorlage-Nr.: 2633-2014/DaDi

Aktenzeichen: 412-001

Betreff: **Entwicklung Arbeitslosenzahlen (November 2014)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

**Landrat Schellhaas berichtet**, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat November 4,6 % beträgt. Im November 2014 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.134 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 64 Personen weniger als im Vormonat Oktober 2014.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

<b>Landkreis Darmstadt-Dieburg</b>	<b>August 2014</b>	<b>September 2014</b>	<b>Oktober 2014</b>	<b>November 2014</b>
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	5.040 3,2 %	4.961 3,2 %	4.723 3,0 %	4.716 3,0 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.848 1,8 %	2.663 1,7 %	2.475 1,6 %	2.418 1,6 %
<b>Arbeitslose - insgesamt -</b>	<b>7.888</b>	<b>7.624</b>	<b>7.198</b>	<b>7.134</b>
<b>Arbeitslosenquote in %</b>	<b>5,0 %</b>	<b>4,9 %</b>	<b>4,6 %</b>	<b>4,6 %</b>

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (November 2013) um insgesamt 68 Personen gefallen (die Arbeitslosenquote lag bei 4,7 %). Im November 2013 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.254 Personen arbeitslos gemeldet (4.849 Personen bzw. 3,1 % im Rechtskreis SGB II und 2.405 Personen bzw. 1,6 % im Rechtskreis SGB III).

Für die Leistungsgewährung bei den Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II wird das Einkommen aller Personen herangezogen, die mit dem Leistungsempfänger eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft bilden.

Folgende Übersicht beschreibt die Zahl Bedarfsgemeinschaften in den vergangenen vier Monaten:

<b>Landkreis Darmstadt-Dieburg</b>	<b>August 2014</b>	<b>September 2014</b>	<b>Oktober 2014</b>	<b>November 2014</b>
Bedarfsgemeinschaften	7.215	7.176	7.119	7.151

Dazu waren im Monat November 2014 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 1.144 freie Stellen in Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet.

**Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:**

	August 14	September 14	Oktober 14	November 14
Landkreis Darmstadt-Dieburg	5,0	4,9	4,6	4,6
Kreis Bergstraße	4,3	4,2	4,0	4,0
Stadt Darmstadt	6,8	6,6	6,6	6,6
Kreis Groß-Gerau	6,4	6,2	6,0	5,9
Odenwaldkreis	6,2	5,8	5,4	5,3

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im Monat November 4,9 %, bei 20.812 Arbeitslosen. Das sind 132 Personen weniger als im Vormonat Oktober 2014.

**Beschluss zu TOP 4.6.**

Vorlage-Nr.: 2641-2015/DaDi

Aktenzeichen: 290-020

Betreff: **Inklusionsbericht 2014**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

---

**Erste Kreisbeigeordnete Lück** beantwortet Fragen.

**Abg. Grunwald** (Grüne) regt an, den Inklusionsbericht 2014 sozialen Trägern zur Verfügung zu stellen bzw. ihnen einen Link zum Download des Berichtes zuzuschicken.

**Erste Kreisbeigeordnete Lück** legt den vom Fachbereich Soziales, Pflege und Senioren erstellten Inklusionsbericht 2014 für den Landkreis Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis vor.

**Beschluss zu TOP 4.7.**

Vorlage-Nr.: 2662-2015/DaDi

Aktenzeichen: 412-002

Betreff: **Aktualisierung der Richtlinie zur Bemessung angemessener Unterkunftskosten für den Landkreis Darmstadt-Dieburg zum 01.02.2015**

Beschluss: **zurückgestellt**

---

**Erste Kreisbeigeordnete Lück** erläutert die als Tischvorlage vorliegenden Richtlinien.

**Abg. Busch-Hübenbecker** (Linke) bittet, die Vorlage in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales erneut mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

**Vorsitzende Dahms** stellt das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, die Vorlage zurückzustellen und in der nächsten Sitzung erneut mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

**Beschluss:**

Der Beschluss des Kreisausschusses vom 13.01.2015 zur Vorlage Nr. 2596-2014/DaDi wird aufgehoben.

Die gemäß § 22 Absatz 1 des Zweiten Sozialgesetzbuches (SGB II) bzw. § 35 Absatz 1 des Zwölften Sozialgesetzbuches (SGB XII) zu übernehmenden Kosten der Unterkunft und Heizung werden ab 01.02.2015 nach der nachstehend erläuterten endgültig aktualisierten Richtlinie für den Landkreis Darmstadt-Dieburg bemessen und auf alle Fälle von Neubewilligung und Weiterbewilligung angewandt.



**Beschluss zu TOP 5.**

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

---

**Vorsitzende Dahms** informiert über das Angebot des Kreisbrandinspektors Herrn Stühling, eine Ausschusssitzung in der Rettungsleitstelle in Dieburg durchzuführen. Sie stellt zu diesem Vorschlag das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest.

**Erste Kreisbeigeordnete Lück** verweist auf das als Anlage 2 der Niederschrift beigefügte Faltblatt der Erziehungsberatungsstelle „Meine Eltern haben sich getrennt...“. Auf Nachfrage von **Abg. Pauker-Buß** (CDU) sagt **Erste Kreisbeigeordnete Lück** zu, über die Resonanz des angebotenen Kurses zu berichten.

Weiterhin teilt **Erste Kreisbeigeordnete Lück** zur Nachfrage der **Abg. Hoffmann-Maier** (Grüne) zu Tagesordnungspunkt 5.8 der Sitzung am 03.12.2014 (Vorlage-Nr.: 2468-2014/DaDi) mit, dass der zeitliche Umfang des Sozialkritischen Arbeitskreises Darmstadt e.V. 34,5 Stunden pro Woche beträgt.

Weitere Mitteilungen und Anfragen liegen nicht vor.

**Vorsitzende Dahms** schließt die Sitzung um 16:41 Uhr.

---  
**Ende der Niederschrift**  
---

Darmstadt, den 5. Februar 2015

Für die Ausfertigung

Angelika Dahms  
Vorsitzende

Johanna Schwarz  
Schriftführerin